

DANIEL KROTOV

Verfassungs- versus
Fachgerichtsbarkeit im
europäischen Gerichtsverbund

Verfassungsentwicklung in Europa

30

Mohr Siebeck

Verfassungsentwicklung in Europa

herausgegeben von

Hartmut Bauer, Peter M. Huber
und Karl-Peter Sommermann

30



Daniel Krotov

Verfassungs- versus Fachgerichtsbarkeit im europäischen Gerichtsverbund

Ein Rechtsvergleich zwischen
Deutschland und Frankreich

Mohr Siebeck

Daniel Krotov, geboren 1997; Studium der Rechtswissenschaften in Köln und Paris (Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne) (2018 Maîtrise en droit und LL.B., 2020 Erste Juristische Prüfung); Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie für europäischen Menschenrechtsschutz der Universität zu Köln; 2025 Promotion; Rechtsreferendariat am Kammergericht in Berlin.
orcid.org/0009-0009-8181-4076

Gedruckt mit Unterstützung des Bundesministeriums des Innern.

Zugl.: Köln/Paris 1, Univ., Diss., 2025

u. d. T.: Das Verhältnis von Verfassungs- und Fachgerichtsbarkeit im europäischen Gerichtsverbund. Ein Rechtsvergleich zwischen Deutschland und Frankreich.

ISBN 978-3-16-200180-1 / eISBN 978-3-16-200181-8

DOI 10.1628/978-3-16-200181-8

ISSN 1861-7301 / eISSN 2569-4553 (Verfassungsentwicklung in Europa)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2026 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Recht einer Nutzung der Inhalte dieses Werkes zum Zwecke des Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Gedruckt auf alterungsbeständiges Papier. Satz: Laupp & Göbel, Gomaringen.

Mohr Siebeck GmbH & Co. KG, Wilhelmstraße 18, 72074 Tübingen, Deutschland
www.mohrsiebeck.com, info@mohrsiebeck.com

Маме и дедушке Эрику
Meiner Mutter und meinem Großvater

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2024/2025 von den Rechtswissenschaftlichen Fakultäten der Universität zu Köln und der Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne als Dissertation angenommen.

Mein herzlicher Dank gilt meiner Doktormutter, Frau *Prof. Dr. Dres. h.c. Angelika Nußberger, M.A.*, und meinem Doktorvater, Herrn *Prof. Dr. Dr. h.c. David Capitant*, die mein Bestreben, ein Cotutelle-Promotionsvorhaben durchzuführen, sofort begrüßt sowie intensiv und mit Hingabe gefördert haben – allen Unterschieden der akademischen Kulturen Deutschlands und Frankreichs zum Trotz. Ich danke ihnen auch für die aufmerksame Betreuung der Arbeit und das hohe Maß an Freiheit, das mir bei der Themenwahl und während meiner gesamten Promotionszeit zuteilwurde.

Ebenso herzlich danke ich Herrn *Prof. Dr. Francesco Martucci* für die Übernahme und sehr zügige Erstellung des Zweitgutachtens sowie Herrn *Prof. Dr. Christoph Schönberger*.

Mein Dank gilt ebenfalls *Prof. Dr. Hartmut Bauer, Prof. Dr. Peter Michael Huber* und *Prof. Dr. Dr. h.c. Karl-Peter Sommermann* für die Ehre der Aufnahme in die Schriftenreihe „Verfassungsentwicklung in Europa“ sowie dem Bundesministerium des Innern für den großzügigen Druckkostenzuschuss.

Frau *Prof. Dr. Dres. h.c. Angelika Nußberger, M.A.* danke ich darüber hinaus in ihrer Eigenschaft als Direktorin der Akademie für europäischen Menschenrechtsschutz, genauso wie dem gesamten Team der Akademie. Die fünf Jahre – drei davon als wissenschaftlicher Mitarbeiter –, die ich Teil dieses Teams sein durfte, waren für mich eine wundervolle Zeit, geprägt von einem unvergleichlichen Klima des offenen Austausches, der Freundlichkeit und der Freiheit.

Danken möchte ich *Lorenz Wielenga* für die Durchsicht der Arbeit in ihrer Anfangsphase sowie *Prof. Dr. Thibaut Larrourou, Prof. Dr. André Potocki* und *Alexander Rössing* für den sehr hilfreichen Austausch.

Diese Arbeit hätte nicht entstehen können ohne die Unterstützung meiner Familie. Mein besonderer Dank gilt meiner Ehefrau *Imke Hinrichsen*, die für mich gerade in schwierigen Phasen eine unentbehrliche Stütze war. Auch ihr danke ich für die Durchsicht der Arbeit. Besonders hervorheben möchte ich meine Mutter, *Svetlana Krotov*, die mir den Mut und die Möglichkeit gab, in Frankreich zu

studieren, und mich in allen Lebenslagen bedingungslos nach Kräften unterstützte. Dasselbe gilt für meinen Großvater, *Ernest Akselrod*, der mich mit seiner unerschöpflichen Neugier ansteckte und für die Wissenschaft begeisterte. Ihm war es leider nicht vergönnt, die Fertigstellung dieser Arbeit zu erleben. Ihnen beiden ist die Arbeit gewidmet.

Berlin, im September 2025

Daniel Krotov

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Einleitung	1
Kapitel 1: BVerfG und CC als Hüter der Verfassung	9
§ 1 BVerfG und CC als Verfassungsgerichte	10
§ 2 Einzelne Zuständigkeiten von BVerfG und CC	48
§ 3 Verfassungsrecht als Raison d'être der Verfassungsgerichte	70
Kapitel 2: Die verfassungsprozessualen Auswirkungen des Konventionsrechts	73
§ 1 Der Ausschluss der EMRK aus dem verfassungsgerichtlichen Prüfungsmaßstab	74
§ 2 Die Wirkmacht der EMRK im europäischen Grundrechtsverbund	88
§ 3 Die Bedeutung der EMRK im Verfassungsprozess	92
Kapitel 3: Die verfassungsprozessualen Auswirkungen der Unionsgrundrechte	125
§ 1 Der Ausschluss der Unionsgrundrechte aus dem verfassungsgerichtlichen Prüfungsmaßstab	126
§ 2 Die Wirkmacht der Unionsgrundrechte im europäischen Grundrechtsverbund	136
§ 3 Die Bedeutung der Unionsgrundrechte im Verfassungsprozess	142
Kapitel 4: Verfassungsfremde Bedeutungsgewinne der Fachgerichte im europäischen Gerichtsverbund	185
§ 1 Fachgerichtliche Zuständigkeiten im nationalen Grundrechtsschutz	186

§ 2 Bedeutungsgewinne der Fachgerichte im europäischen Gerichtsverbund	214
§ 3 Die Fachgerichte als eigenständige Akteure im europäischen Gerichtsverbund	239
Kapitel 5: Eine Rekalibrierung des Verhältnisses von Verfassungs- und Fachgerichtsbarkeit?	243
§ 1 Der deutsche Ansatz: Verfassungsgerichte als Garanten eines „umfassenden innerstaatlichen Grundrechtsschutzes“	244
§ 2 Der französische Ansatz: Ein zeitlicher Vorrang der Verfassungsmäßigkeitsprüfung	290
§ 3 Ein neues (Un-)Gleichgewicht von Verfassungs- und Fachgerichtsbarkeit	316
Fazit und Ausblick	319
§ 1 Verfassungs- und Fachgerichtsbarkeit als gleichberechtigte Partner im europäischen Gerichtsverbund	320
§ 2 Das positive Recht als Chance?	326
Synthèse française – Juridictions constitutionnelles contre juridictions ordinaires au sein du réseau juridictionnel européen. Une étude comparative de l'Allemagne et de la France	329
Chapitre 1. La CCF et le CC dans leur rôle de gardiens de la Constitution	331
Chapitre 2. L'incidence de la CEDH sur le contentieux constitutionnel allemand et français	335
Chapitre 3. L'incidence des droits fondamentaux de l'UE sur le contentieux constitutionnel allemand et français	341
Chapitre 4. Le gain d'influence des juridictions ordinaires, étranger au régime traditionnel de protection juridictionnelle des droits et libertés fondamentaux	349
Chapitre 5. Une recalibration du rapport entre juridictions constitutionnelles et ordinaires ?	357
 Literaturverzeichnis	 367
Register	393

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Einleitung	1
Kapitel 1: BVerfG und CC als Hüter der Verfassung	9
<i>§ 1 BVerfG und CC als Verfassungsgerichte</i>	10
A. Unterschiedliche Denktraditionen – Normalität von Verfassungsgerichtsbarkeit in Deutschland vs. Angst vor einem <i>gouvernement des juges</i> in Frankreich	11
I. Normalität von Verfassungsgerichtsbarkeit in Deutschland	12
II. Legizentrismus und Tabuisierung der Verfassungsgerichtsbarkeit in Frankreich	19
III. Ein unterschiedliches Verständnis von Gewaltenteilung	27
B. Unterschiedliche Mission – das BVerfG als oberster Hüter der Verfassung vs. der CC als technisches Kompetenzabgrenzungsorgan	31
I. Das BVerfG als „Hüter der Verfassung in wahrhaftem Sinn“	32
II. Der CC als „Regulierungsorgan des Handelns der öffentlichen Gewalten“	37
1. Die Zäsur von 1946 – das Comité constitutionnel der IV. Republik	37
2. Entstehung und Emanzipation des CC	40
III. Eine unterschiedliche Selbstwahrnehmung	46
<i>§ 2 Einzelne Zuständigkeiten von BVerfG und CC</i>	48
A. Verfassungsbeschwerde, konkrete und abstrakte Normenkontrolle in Deutschland	49
I. Die Verfassungsbeschwerde	49
II. Die konkrete Normenkontrolle	54

III. Die abstrakte Normenkontrolle	57
IV. Das BVerfG an der Spitze der deutschen Gerichtshierarchie	57
B. <i>A priori</i> -Kontrolle und QPC in Frankreich	58
I. Die <i>a priori</i> -Kontrolle nach Art. 61 CF	58
II. Die <i>question prioritaire de constitutionnalité</i> nach Art. 61-1 CF	60
III. Der CC an der Spitze der französischen Gerichtshierarchie?	68
C. Unterschiedlicher Einfluss von BVerfG und CC	69
<i>§ 3 Verfassungsrecht als Raison d'être der Verfassungsgerichte</i>	70
Kapitel 2: Die verfassungsprozessualen Auswirkungen des Konventionsrechts	73
<i>§ 1 Der Ausschluss der EMRK aus dem verfassungsgerichtlichen Prüfungsmaßstab</i>	74
A. Der Ausschluss der EMRK aus dem unmittelbaren Prüfungsmaßstab	74
I. Die <i>IVG</i> -Entscheidung des CC	74
1. Ein formelles Verständnis von „Verfassung“ im Sinne des Art. 61 CF	74
2. Die Vereinbarkeit mit der EMRK als Frage der Rechtsanwendung	75
3. Der Wesensunterschied zwischen <i>contrôle de constitutionnalité</i> und <i>contrôle de conventionnalité</i>	78
II. Der Ausschluss der EMRK aus dem unmittelbaren Prüfungsmaßstab des BVerfG	80
1. Ein formelles Verständnis des verfassungsrechtlichen Prüfungsmaßstabs	80
2. Die Vereinbarkeit mit der EMRK als Frage der Rechtsanwendung	81
3. Kein Wesensunterschied zwischen Verfassungs- und Konventionsmäßigkeitkontrolle	82
B. Die Heranziehung der EMRK als mittelbarer Prüfungsmaßstab?	83
I. Die <i>IVG</i> -Entscheidung des CC	83
II. Der <i>Görgülü</i> -Beschluss des BVerfG	84
C. Ein Denken in getrennten Zuständigkeitsräumen?	86
<i>§ 2 Die Wirkmacht der EMRK im europäischen Grundrechtsverbund</i>	88
<i>§ 3 Die Bedeutung der EMRK im Verfassungsprozess</i>	92
A. Die Berücksichtigung der EMRK durch die Verfassungsgerichte	93
I. Die Handhabung der Berücksichtigungspflicht durch das BVerfG	93

II. Die faktische Berücksichtigung durch den CC	94
III. BVerfG und CC als Hüter der Verfassung im Konventionsrecht	97
B. Verfassungsgerichtliche Berücksichtigungsvorgaben an die Fachgerichtsbarkeit	98
I. Die Berücksichtigungspflicht der deutschen Fachgerichte	98
1. Änderung der Sach- oder Rechtslage	101
2. Eindeutig konventionswidriges Verfassungsrecht	101
3. Eindeutig konventionswidriges einfaches Gesetzesrecht	104
a) Die Unbestimmtheit des Umfangs der Berücksichtigungspflicht	106
b) Die Abweichung vom „herkömmlichen Maßstab“ verfassungsspezifischer Verstöße	109
c) Die Lockerung der Bindungswirkung nach § 31 BVerfGG	111
4. Ausnahmefallgruppen ohne innerstaatliches Konfliktpotential	112
II. Das Berücksichtigungsverbot für die französischen Fachgerichte im QPC-Verfahren	115
C. Die Aufrechterhaltung der Beschränkung auf das Verfassungsrecht – Einflussgewinn oder Einflussverlust der Verfassungsgerichte?	120

Kapitel 3: Die verfassungsprozessualen Auswirkungen der Unionsgrundrechte 125

§ 1 Der Ausschluss der Unionsgrundrechte aus dem verfassungsgerichtlichen Prüfungsmaßstab 126

A. Der Ausschluss des Unionsrechts aus dem unmittelbaren Prüfungsmaßstab	126
I. Die IVG-Entscheidung des CC und das Unionsrecht	126
II. Der Ausschluss der Unionsgrundrechte aus dem unmittelbaren Prüfungsmaßstab des BVerfG	129
1. Ein formelles Verständnis des verfassungsrechtlichen Prüfungsmaßstabs	129
2. Die Vereinbarkeit mit den Unionsgrundrechten als Frage der Rechtsanwendung	130
3. Der Wesensunterschied zwischen Verfassungs- und Unionsrechtmäßigkeitskontrolle	131
B. Die beschränkte Heranziehung des Unionsrechts als mittelbarer Prüfungsmaßstab	132
I. Unionsrecht als mittelbarer Prüfungsmaßstab des CC	132
II. Unionsrecht als mittelbarer Prüfungsmaßstab des BVerfG	134
C. Ein Denken in getrennten Zuständigkeitsräumen	135

§ 2 Die Wirkmacht der Unionsgrundrechte im europäischen Grundrechtsverbund	136
A. Der Anwendungsvorrang des Unionsrechts	137
B. Ein weitreichender unionsrechtlicher Grundrechtsschutz	139
C. Die „strategisch entscheidende Position“ des EuGH	140
§ 3 Die Bedeutung der Unionsgrundrechte im Verfassungsprozess	142
A. Verfassungsgerichtlich durchsetzbare Souveränitätsvorbehalte	142
I. Souveränitätsvorbehalte des nationalen Verfassungsrechts	143
1. Souveränitätsvorbehalte in Deutschland	143
a) Der Solange-Vorbehalt	144
b) Der Vorbehalt der Verfassungsidentität	146
c) Der <i>ultra vires</i> -Vorbehalt	147
2. Souveränitätsvorbehalte in Frankreich	149
a) Der Vorbehalt der <i>identité constitutionnelle</i> des CC	150
b) Der Vorbehalt der <i>protection équivalente</i> des Conseil d'État	154
c) Die Ablehnung eines <i>ultra vires</i> -Vorbehalts	156
II. Verfassungsprozessuale Durchsetzung der Souveränitätsvorbehalte	157
1. Kontrollvorbehalte des BVerfG	158
2. Kontrollvorbehalte des CC	159
a) Gerichtliche Immunität von Primärrecht	160
b) Kontrollvorbehalte des CC im Sekundärrecht	161
III. Impraktikabilität der Einflussnahme über Souveränitäts- bzw. Kontrollvorbehalte	163
B. Verfassungsgerichtliche Vorgaben im Vorabentscheidungsverfahren	165
I. Vorlagen der Verfassungsgerichte	165
II. Verfassungsgerichtliche Vorgaben für fachgerichtliche Vorlagen	168
1. Vorgaben des BVerfG	169
a) Vorgaben im konkreten Normenkontrollverfahren	169
b) Vorgaben im Urteilsverfassungsbeschwerdeverfahren	170
aa) Der EuGH als gesetzlicher Richter nach Art. 101 I 2 GG	170
bb) Effizienter unionsrechtlicher Rechtsschutz nach Art. 19 IV GG	172
2. Vorgaben des CC	173
3. Grenzen der Einflussnahme über verfassungsgerichtliche Vorgaben	174
C. Verfassungsgerichtliche Zuständigkeiten in nicht vollständig unionsrechtlich determinierten Bereichen	175
I. Verfassungsgerichtliche Zuständigkeiten innerhalb von Umsetzungsspielräumen	177

II. Die Anwendbarkeit von Unionsgrundrechten innerhalb von Umsetzungsspielräumen	180
1. Die Trennungsthese des BVerfG	180
2. Die Ablehnung einer Trennungsthese durch den CC	181
3. Impraktikabilität der Einflussnahme über die Trennungsthese	182
D. Die weitgehende Aufrechterhaltung der Beschränkung auf das Verfassungsrecht – ein Einflussverlust der Verfassungsgerichte	183

Kapitel 4: Verfassungsfremde Bedeutungsgewinne der Fachgerichte im europäischen Gerichtsverbund 185

§ 1 Fachgerichtliche Zuständigkeiten im nationalen Grundrechtsschutz 186

A. Unterschiedliche Denktraditionen – das richterliche Prüfungsrecht in Deutschland vs. die <i>théorie de la loi-écran</i> in Frankreich	187
I. Das zentralisierte richterliche Prüfungsrecht in Deutschland	187
II. Die Absage an das richterliche Prüfungsrecht in Frankreich	192
III. Ein unterschiedlicher fachgerichtlicher Rechtsdurchsetzungsauftrag	197
B. Unterschiedliche Mission? – Grundrechtsschutz vor den Fachgerichten in Deutschland und in Frankreich	198
I. Nahezu lückenloser fachgerichtlicher Grundrechtsschutz in Deutschland	198
II. Umfassender fachgerichtlicher Grundrechtsschutz in Frankreich	201
1. Grundrechtsschutz vor den Verwaltungsgerichten	201
a) Die Justiziabilität von Grundrechten als <i>principes généraux du droit</i> im Rahmen des <i>recours pour excès de pouvoir</i>	203
b) Der Schutz von <i>libertés fondamentales</i> im Verfahren des <i>référé-liberté</i>	207
2. Grundrechtsschutz vor den ordentlichen Gerichten	209
III. Ein unterschiedliches fachgerichtliches Selbstbewusstsein trotz ähnlicher Mission	213

§ 2 Bedeutungsgewinne der Fachgerichte im europäischen Gerichtsverbund 214

A. Ein Bedeutungsgewinn <i>de iure</i> – die fachgerichtliche Nichtanwendungskompetenz für unions- bzw. konventionsrechtswidrige Gesetze	214
I. Der <i>contrôle de conventionnalité</i> in Frankreich	215
II. Eine unionsrechtliche Dimension des richterlichen Prüfungsrechts in Deutschland	220
B. Ein Bedeutungsgewinn <i>de facto</i> – die Marginalisierung von BVerfG und CC	223

I.	Die Marginalisierung des CC vor der Einführung des QPC-Verfahrens	223
II.	Die Marginalisierung des BVerfG vor den <i>Recht auf Vergessen-</i> Beschlüssen	227
C.	Verfassungsfremde Bedeutungsgewinne der Fachgerichtsbarkeit	232
I.	Verfassungsfremde fachgerichtliche Nichtanwendungskompetenzen	232
II.	Eine verfassungsfremde Neuausrichtung des Verhältnisses von Verfassungs- und Fachgerichtsbarkeit	236
	<i>§ 3 Die Fachgerichte als eigenständige Akteure im europäischen Gerichtsverbund</i>	239
	Kapitel 5: Eine Rekalibrierung des Verhältnisses von Verfassungs- und Fachgerichtsbarkeit?	243
	<i>§ 1 Der deutsche Ansatz: Verfassungsgerichte als Garanten eines „umfassenden innerstaatlichen Grundrechtsschutzes“</i>	244
A.	Die <i>Recht auf Vergessen-</i> Rechtsprechung des BVerfG	244
I.	Das BVerfG als „Garant eines umfassenden innerstaatlichen Grundrechtsschutzes“	245
1.	Verfassungsgerichtliche Zuständigkeiten in vollständig determinierten Bereichen – der <i>Recht auf Vergessen II-</i> Beschluss	245
a)	Ein materiell aufgeladenes Verständnis des verfassungsgerichtlichen Prüfungsmaßstabs	245
b)	Die Vereinbarkeitsprüfung mit Unionsgrundrechten als verfassungsgerichtliche Aufgabe	248
aa)	Die Vereinbarkeit mit Unionsgrundrechten als Frage der Rechtsanwendung	248
bb)	Die Vereinbarkeitsprüfung mit Unionsgrundrechten als Sache des BVerfG	249
c)	Funktionsäquivalenz von Verfassungs- und Unionsgrundrechtmäßigkeitskontrolle	250
d)	Rechtsvergleichende Argumente des BVerfG	251
2.	Verfassungsgerichtliche Zuständigkeiten in nicht vollständig determinierten Bereichen – der <i>Recht auf Vergessen I-</i> Beschluss	256
3.	Ein fragwürdiges Rebranding	259
II.	Die <i>Recht auf Vergessen-</i> Beschlüsse als Blaupause für die Behandlung europäischer Grund- und Menschenrechte im Verfassungsprozess	261

1. Die Ausweitung der <i>Recht auf Vergessen</i> -Rechtsprechung auf andere Verfahrensarten	262
a) Die Ausweitung des Prüfungsmaßstabs in allen Verfassungsbeschwerdeverfahren	263
b) Die Ausweitung des Prüfungsmaßstabs in konkreten Normenkontrollverfahren	264
2. Die Ausweitung der <i>Recht auf Vergessen</i> -Rechtsprechung über die Unionsgrundrechte hinaus	266
a) Die Ausweitung des Prüfungsmaßstabs auf das gesamte Unionsrecht	267
b) Die Ausweitung des Prüfungsmaßstabs auf die EMRK	267
III. Folgen der <i>Recht auf Vergessen</i> -Beschlüsse für die Fachgerichtsbarkeit	269
IV. Ein Denken in verbundenen Zuständigkeitsräumen – ein gelungener Ausgleich zwischen Verfassungs- und Fachgerichtsbarkeit?	273
B. Die Übertragbarkeit auf Frankreich	274
I. Neue Perspektiven der Aufgabe der <i>IVG</i> -Rechtsprechung durch den CC	275
1. Ein neues Verständnis des verfassungsgerichtlichen Prüfungsmaßstabs?	275
2. Die Vereinbarkeitsprüfung mit EMRK und Unionsgrundrechten als verfassungsgerichtliche Aufgabe	278
a) Die Vereinbarkeit mit EMRK und Unionsgrundrechten als Frage der Rechtsanwendung?	279
b) Die Vereinbarkeitsprüfung mit EMRK und Unionsgrundrechten als Sache des CC	280
3. Funktionsäquivalenz von <i>contrôle de constitutionnalité</i> und <i>contrôle de conventionnalité</i>	282
II. Potentielle Folgen der Aufgabe der <i>IVG</i> -Rechtsprechung für die Fachgerichtsbarkeit	285
III. Ein Denken in verbundenen Zuständigkeitsräumen – ein unwahrscheinliches Szenario mit unabsehbaren Folgen	289
§ 2 <i>Der französische Ansatz: Ein zeitlicher Vorrang der Verfassungsmäßigkeitsprüfung</i>	290
A. Die <i>priorité</i> des QPC-Verfahrens	291
I. Die <i>priorité</i> des QPC-Verfahrens vor dem <i>contrôle de conventionnalité</i>	291
1. Die <i>priorité</i> im Konventionsrecht	292
2. Die <i>priorité</i> im Unionsrecht	293

a) Die <i>priorité</i> in nicht vollständig determinierten Bereichen	293
b) Die <i>priorité</i> in vollständig determinierten Bereichen	294
II. Folgen der <i>priorité</i> für die Fachgerichtsbarkeit	296
III. Die <i>priorité</i> verfassungsgerichtlicher Rechtsbehelfe – ein gelungener Ausgleich zwischen Verfassungs- und Fachgerichtsbarkeit?	302
B. Die Übertragbarkeit auf Deutschland	303
I. Ein zeitlicher Vorrang der Verfassungsmäßigkeitsprüfung gegenüber der unionsrechtlichen Dimension des richterlichen Prüfungsrechts	304
1. Ein zeitlicher Vorrang der konkreten Normenkontrolle	305
2. Eine fachgerichtliche Pflicht zur „primäre[n] Heranziehung“ der Grundrechte des GG	308
II. Potentielle Folgen eines zeitlichen Vorrangs der Verfassungsmäßigkeitsprüfung für die Fachgerichtsbarkeit	310
III. Der zeitliche Vorrang der Verfassungsmäßigkeitsprüfung – ein Schritt zur erfolgreichen Schaffung einer neuen „grundgesetzlichen Machtbalance“	315
§ 3 Ein neues (Un-)Gleichgewicht von Verfassungs- und Fachgerichtsbarkeit	316
Fazit und Ausblick	319
§ 1 Verfassungs- und Fachgerichtsbarkeit als gleichberechtigte Partner im europäischen Gerichtsverbund	320
§ 2 Das positive Recht als Chance?	326
Synthèse française – Juridictions constitutionnelles contre juridictions ordinaires au sein du réseau juridictionnel européen. Une étude comparative de l’Allemagne et de la France	329
Chapitre 1. La CCF et le CC dans leur rôle de gardiens de la Constitution	331
Chapitre 2. L’incidence de la CEDH sur le contentieux constitutionnel allemand et français	335
Chapitre 3. L’incidence des droits fondamentaux de l’UE sur le contentieux constitutionnel allemand et français	341

<i>Chapitre 4. Le gain d'influence des juridictions ordinaires, étranger au régime traditionnel de protection juridictionnelle des droits et libertés fondamentaux</i>	349
<i>Chapitre 5. Une recalibration du rapport entre juridictions constitutionnelles et ordinaires ?</i>	357
Literaturverzeichnis	367
Register	393

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	am Anfang <i>oder</i> andere Ansicht
Abl.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften/Union
Abs.	Absatz
a. E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte/-r Fassung
AFDI	Annuaire français de droit international
AG	Amtsgericht
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AIDH	Annuaire international des droits de l'homme
AJDA	L'actualité juridique Droit administratif
AJCL	The American Journal of Comparative Law
al.	aliéna <i>oder</i> alii
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
Anm. d. Verf.	Anmerkung des Verfassers
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BCE	Banque centrale européenne
Bd.	Band
Bearb.	Bearbeitung
Begr.	Begründer
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BICC	Bulletin d'information de la Cour de cassation
BT Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz

BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
CA	Cour d'appel
Can.	Canon
CaPh	Cahiers Philosophiques
CaPo	Les Cahiers Portalis
Cass. ass. plén.	Cour de cassation, assemblée plénière
Cass. ch. mixte	Cour de cassation, chambre mixte
Cass. civ. 1 ^{re}	Cour de cassation, première chambre civile
Cass. crim.	Cour de cassation, chambre criminelle
CC	Conseil constitutionnel
CCC	Cahiers du Conseil constitutionnel
CCF	Cour constitutionnelle fédérale allemande
CDFUE	Charte des droits fondamentaux de l'Union européenne
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CE	Conseil d'État
CE Ass.	Conseil d'État, Assemblée du contentieux
CEDH	Convention européenne des droits de l'homme
CETA	Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement)
cf.	confer
CF	Verfassung der V. Französischen Republik (Constitution française) vom 04.10.1958
CF 1946	Verfassung der IV. Französischen Republik (Constitution française) vom 27.10.1946
CFT	Cour fédérale de travail
CIC	Codex iuris canonici
CJA	Code de justice administrative
CJCE	Cour de justice des Communautés européennes
CJUE	Cour de justice de l'Union européenne
CMLR	Common Market Law Review
Comp. Pol. Stud.	Comparative Political Studies
concl.	conclusions
cons.	considérant
CourEDH	Cour européenne des droits de l'homme
CPC	Code de procédure civile
CRDF	Cahiers de la recherche sur les droits fondamentaux
D.	Recueil Dalloz
DDHC	Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 (Déclaration des droits de l'homme et du citoyen)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
déc.	décembre
dems.	demselben
ders.	derselbe
dies.	dieselbe <i>oder</i> dieselben

DJT	Deutscher Juristentag
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
ebd.	ebenda
ECHR	European Convention on Human Rights
ECtHR	European Court of Human Rights
éd.	éditeur <i>oder</i> édition
éds	éditeurs
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
EL	Ergänzungslieferung
ELJ	European Law Journal
ENA	École nationale d'administration
EP	European Papers
EPL	European Public Law
EU	Europäische Union <i>oder</i> European Union
EuConst	European Constitutional Law Review
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht
EuR-Beih.	Europarecht, Beiheft
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f.	und folgende Seite
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
févr.	février
ff.	und folgende Seiten
FG	Festgabe
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GA	Generalanwalt/-anwältin
GAJA	Les grands arrêts de la jurisprudence administrative
Gaz. Pal.	La Gazette du Palais
GCYILJ	Global Community Yearbook of International Law and Jurisprudence
GDCC	Les grandes décisions du Conseil constitutionnel
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GK	Große Kammer
GLJ	German Law Journal
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
grds.	grundsätzlich/-er/-e/-es
HChE	Chiemseer Entwurf. Grundgesetz für einen Bund deutscher Länder (Herrenchiemseer Entwurf)
HdB	Handbuch

HJRL	Hague Journal on the Rule of Law
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
HStR	Handbuch des Staatsrechts
ICJ	International Court of Justice
IGH	Internationaler Gerichtshof
insb.	insbesondere
INSP	Institut national du service public
i. R. d.	im Rahmen des/der
i. S. e.	im Sinne eines/einer
i. V. m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter
janv.	janvier
JCl.	Jurisclasseur
JCP G	La semaine juridique (jurisclasseur périodique), édition générale
JO	Journal officiel de la République française
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Neue Folge
juill.	juillet
JURA	Juristische Ausbildung
JuWissBlog	Blog des Vereins Junge Wissenschaft im Öffentlichen Recht e.V.
JZ	JuristenZeitung
KG	Kammergericht in Berlin
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
LF	Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne
lit.	Buchstabe
LOCC	Ordonnance Nummer 58-1067 vom 07.11.1958 betreffend die loi organique zum Conseil constitutionnel mit weiteren Nachweisen
m. w. N.	numéro
n ^o	numéros
n ^{os}	Nachdruck
Nachdr.	Nouveaux Cahiers du Conseil constitutionnel
NCCC	neue Fassung
n. F.	Neue Juristische Wochenschrift
NJW	Zeitschrift für Öffentliches Recht in Norddeutschland
NordÖR	novembre
nov.	Nummer
Nr.	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDAP	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA	octobre
oct.	Österreichische Juristenzeitung
ÖJZ	Oberlandesgericht
OLG	ordonnance
ord.	page
ord.	
p.	

p.ex.	par exemple
PFRLR	principe fondamental reconnu par les lois de la République/ principes fondamentaux reconnus par les lois de la République
PGD	principes généraux du droit
pp.	pages
PrOVG	Preußisches Oberverwaltungsgericht
QPC	question prioritaire de constitutionnalité
RA	La Revue administrative
RDP	Revue du droit public
RFDA	Revue française de droit administratif
RFDC	Revue française de droit constitutionnel
RG	Reichsgericht
RGD	Revue générale du droit
RGSt	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RGZ	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIDC	Revue internationale de droit comparé
RKG	Reichskammergericht
Rn.	Randnummer
Rspr.	Rechtsprechung
RTDCiv	Revue trimestrielle de droit civil
RTDEur	Revue trimestrielle de droit européen
RTDH	Revue trimestrielle des droits de l'homme
RUE	Revue de l'Union européenne
RuP	Recht und Politik
S.	Seite <i>oder</i> Satz <i>oder</i> siehe
s.	siehe <i>oder</i> suivante(s)
sept.	septembre
S.I.	Statutory Instruments
SJZ	Süddeutsche Juristen-Zeitung
soc.	chambre sociale
sog.	sogenannter/-e/-s
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StGH	Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich
str.	strittig
StudRZ	Studentische Zeitschrift für Rechtswissenschaft
s. u.	siehe unten
SZ	Süddeutsche Zeitung
taz	Die Tageszeitung
TC	Tribunal des conflits
TFUE	Traité sur le fonctionnement de l'Union européenne
TF1	Télévision française 1
TUE	Traité sur l'Union européenne
u. a.	und andere <i>oder</i> unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
UE	Union européenne
Urt.	Urteil

v.	vom/von <i>oder</i> versus (englisch) <i>oder</i> voir
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
VerfBlog	Verfassungsblog
VerwArch	Zeitschrift für Verwaltungslehre, Verwaltungsrecht und Verwaltungspolitik (Verwaltungsarchiv)
VfGH	österreichischer Verfassungsgerichtshof
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
vs.	versus
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WRV	Verfassung des Deutschen Reiches vom 11.08.1919 (Weimarer Reichsverfassung)
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge vom 23.05.1969 (Wiener Vertragsrechtskonvention)
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht
zit.	zitiert
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZöR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
z. T.	zum Teil

Einleitung

„Hat der alte Hexenmeister
Sich doch einmal wegbegeben!
Und nun sollen seine Geister
Auch nach meinem Willen leben.“

– *Johann Wolfgang von Goethe*,
Der Zauberlehrling (1797)¹

Das Verhältnis zwischen dem Meister und seinen Schülern ist ein alle zeitlichen, kulturellen und disziplinären Grenzen überschreitendes Motiv.² Dieses ist geprägt von einer Diskrepanz in der fachlichen Expertise und auch im Rang zwischen Meister und Schüler. In Deutschland scheint diese Beziehung auch auf das Verhältnis von Verfassungs-³ und Fachgerichtsbarkeit übertragen zu werden:⁴ Von der Fachgerichtsbarkeit wird eine gewisse Demut gegenüber dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) als ‚Hüter der Verfassung‘ erwartet. Jene gilt zuweilen als weniger ‚sachkundig‘⁵, ‚weniger effektiv‘⁶ oder sogar als Dienerin⁷ des BVerfG – gerade im Bereich des Grundrechtsschutzes. Dort gebietet das BVerfG, welches im Verfassungsbeschwerdeverfahren nicht nur Normen, sondern auch fachgerichtliche Entscheidungen auf ihre Verfassungsmäßigkeit prüfen kann. Aus dem Unfehlbarkeitsdogma des Papstes wird der Satz *Karlsruhe*

¹ Dieses sowie alle weiteren Zitate des Gedichtes sind übernommen aus *von Goethe*, Werke. Hamburger Ausgabe, Bd. 1, 12. Aufl., München 1981, S. 276 und ff.

² Vgl. etwa *Speer/Jeschke* (Hrsg.), Schüler und Meister, Berlin/Boston 2016.

³ Aus Gründen der Übersichtlichkeit und der überragenden Bedeutung des BVerfG sollen die Landesverfassungsgerichte bei den nachfolgenden Überlegungen außer Betracht bleiben.

⁴ Mit einer Eltern-Kind-Beziehung vergleicht das Verhältnis von Verfassungsgerichten zu Verwaltung und Justiz *Schönberger*, in: Jestaedt/Lepsius/Möllers/Schönberger (Hrsg.), Das entgrenzte Gericht, Berlin 2011, S. 45.

⁵ So *Karaosmanoğlu*, Die Nichtanwendung deutscher unionsrechtswidriger Gesetze, Baden-Baden 2017, S. 17, 30.

⁶ *R. Hofmann/Heger*, Zur neuen Grundrechte-Architektur im europäischen Mehrebenensystem, EuGRZ 2021, 1 (4). Eine regelrechte Geringschätzung der Fachgerichte wird deutlich auf S. 7f.

⁷ Vgl. *Bergmann*, Diener dreier Herren?, EuR 2006, 101. Durch die Anspielung auf Matthäus 6:24 wird die Verfassungsgerichtsbarkeit von *Jan Bergmann* sogar mit Gott verglichen.

locuta, causa finita hergeleitet.⁸ Ähnliche Assoziationen weckt die Parallele des „Gang[es] nach Karlsruhe“⁹ zum Gang nach Canossa, mit dem König Heinrich IV. dem Papst seine Unterwerfung zeigte. Es scheint, dass, wenn der Meister in Karlsruhe spricht, die Rolle der Fachgerichte auf ehrfürchtiges Zuhören beschränkt ist – doch dem ist nicht so. In Frankreich umgibt den Verfassungsgrat oder Conseil constitutionnel (CC) weniger Pathos. Dieser besitzt eine bescheidene Herkunft als „Regulierungsorgan des Handelns der öffentlichen Gewalten“¹⁰ und im Vergleich zum BVerfG noch heute beschränkte Kompetenzen – er ist kein Meister über die Fachgerichtsbarkeit. Eine Verbindung zwischen beiden Gerichtsbarkeiten besteht überhaupt erst seit 2010. Doch auch diese sogenannte vorrangige Frage der Verfassungsmäßigkeit oder *question prioritaire de constitutionnalité* (QPC), eine Art grundrechtsbezogene konkrete Normenkontrolle, schafft kein echtes Rangverhältnis zwischen Verfassungs- und Fachgerichtsbarkeit.¹¹

Insoweit überrascht es nicht, dass die französischen Fachgerichte nicht auf eine Betreuung durch den CC angewiesen sind. Verfassungsgerichtlicher Grundrechtsschutz war bis 1971 gar nicht zu erlangen¹² und besteht für bereits in Kraft getretene Gesetze erst seit 2010. Seit der Entscheidung *Interruption volontaire de grossesse* (IVG) vom 15. Januar 1975¹³ erklärt sich der CC für den (Grund-) Rechtsschutz auf Grundlage der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) und völkerrechtlicher Verträge im Allgemeinen sowie des Unionsrechts für unzuständig und lässt die Fachgerichte so ohne verfassungsrechtliche Aufsicht. Das BVerfG hingegen sieht sich, wie jeder pflichtbewusste Meister, als erziehungs- und aufsichtspflichtig gegenüber der Fachgerichtsbarkeit – vor allem bei der Verrichtung der rechtsprechenden Tätigkeit. Hat sich der Meister „doch einmal wegbegeben“, ist der unbeaufsichtigte Schüler

⁸ Bereits *Schlink*, Die Entthronung der Staatsrechtswissenschaft durch die Verfassungsgerichtsbarkeit, *Der Staat* 28 (1989), 161 (168) bezeichnet diesen Ausdruck als sprichwörtlich; auf den kirchenrechtlichen Ursprung hinweisend *Vorländer*, Halbgötter in Rot, *Financial Times Deutschland* v. 07.09.2012.

⁹ *Wesel*, *Der Gang nach Karlsruhe*, München 2004.

¹⁰ CC, 06.11.1962, n° 62-20 DC, cons. 2 – *Loi référendaire*.

¹¹ S. *Larrouturou*, QPC et contrôle de conventionnalité, Paris 2021, S. 335; *Rousseau/Gahdoun/J. Bonnet*, *Droit du contentieux constitutionnel*, 13. Aufl., Paris 2023, S. 108 f. unter Verweis auf CC, 03.12.2009, n° 2009-595 DC, cons. 14 – *Loi organique relative à l'application de l'article 61-1 de la Constitution*.

¹² Vor CC, 16.07.1971, n° 71-44 DC – *Liberté d'association* war die Präambel der Französischen Verfassung (CF), die auf Grundrechte verweist, nicht Teil des Prüfungsmaßstabs des CC.

¹³ CC, 15.01.1975, n° 74-54 DC – *Loi relative à l'interruption volontaire de la grossesse* (IVG).

eine Gefahr, wie *Johann Wolfgang von Goethe* im „Zauberlehrling“ eindrücklich darstellt. Das BVerfG fürchtet daher „Schutzlücken“ in Bereichen, wo es keine Kontrollkompetenz hat und allein die Fachgerichte zuständig sind.¹⁴ Während der nationale Grundrechtsschutz seit den Urteilen *Elfes*¹⁵ und *Lüth*¹⁶ fest in der Hand des BVerfG ist, sind grundsätzlich weder die EMRK noch das Unionsrecht Teil des verfassungsgerichtlichen Prüfungsmaßstabs. Im Konventionsrecht entschied sich das BVerfG für eine paternalistische Herangehensweise: 2004 begründete es im *Görgülü*-Beschluss¹⁷ eine verfassungsrechtliche Berücksichtigungspflicht der Fachgerichte für das Konventionsrecht, die es vollumfänglich im Verfassungsbeschwerdeverfahren durchsetzt. Damit kontrolliert es mittelbar die Einhaltung der EMRK. Im Grundrechtsschutz in unionsrechtlich vollständig determinierten Bereichen hatte sich das BVerfG bis 2019 hingegen tatsächlich „wegbegeben“ – oder mit eigenen Worten: „auf eine Grundrechtsprüfung ganz verzichtet und die Grundrechtskontrolle den Fachgerichten in Kooperation mit dem Europäischen Gerichtshof überlassen“.¹⁸

Goethes unbeaufsichtigter, selbstbewusster und dilettantischer Zauberlehrling zerstört beinahe das Haus seines Meisters. In Deutschland nahm die Fachgerichtsbarkeit den Grundrechtsschutz in unionsrechtlich vollständig determinierten Bereichen selbst in die Hand – doch das Haus des gesamteuropäischen Grundrechtsschutzes ist dadurch nicht ins Wanken geraten. Dieses Resultat wirft die Frage auf, ob die Meisterschaft der Fachgerichte doch nicht nur angemäht ist.¹⁹ Die herausragende Bedeutung der Fachgerichte im europäischen Gerichtsverbund²⁰ wird gerade in Deutschland wenig untersucht und gerne unterschätzt. Nur wenige Monografien beschäftigen sich ausführlicher mit ihrer Rolle im paneuropäischen Grundrechtsschutz.²¹ Im Fokus der Aufmerksamkeit steht vielmehr das vermeintliche Dreiecksverhältnis Verhältnis von EuGH und EGMR allein

¹⁴ Vgl. BVerfGE 152, 216 (241) – *Recht auf Vergessen II*.

¹⁵ BVerfGE 6, 32 – *Elfes*.

¹⁶ BVerfGE 7, 198 – *Lüth*.

¹⁷ BVerfGE 111, 307 – *Görgülü*.

¹⁸ BVerfGE 152, 216 (237) – *Recht auf Vergessen II*.

¹⁹ Der Begriff „angemähte[...] Meisterschaft“ ist übernommen von *Wild*, in: Witte/Buck/Dahnke/R. Otto/Schmidt (Hrsg.), *Goethe-Handbuch*, Bd. 1, Stuttgart/Weimar 2004, S. 294.

²⁰ Zum Begriff s. *Vofskuhle*, *Die Verwaltungsgerichte im Europäischen Gerichtsverbund*, SächsVBl 2013, 77; dieser ist abgeleitet von *dems.*, *Der europäische Verfassungsgerichtsverbund*, NVwZ 2010, 1.

²¹ Positiv fallen etwa auf *Karaosmanoğlu*, *Die Nichtanwendung deutscher unionsrechtswidriger Gesetze*, Baden-Baden 2017; *Mellech*, *Die Rezeption der EMRK sowie der Urteile des EGMR in der französischen und deutschen Rechtsprechung*, Tübingen 2012, S. 186 ff.; *Rohleder*, *Grundrechtsschutz im europäischen Mehrebenen-System*, Baden-Baden 2009, S. 182 ff.; s. auch *Gourdet*, *Europäischer Grundrechtsschutz*, Baden-Baden 2021, S. 407 ff., 434 ff., der sehr kurz, aber präzise auf die Fachgerichtsbarkeit eingeht.

zum BVerfG.²² In Frankreich nahmen die Fachgerichte ebenfalls Aufgaben des Grundrechtsschutzes wahr, indem sie die Vereinbarkeit von Gesetzen mit Unions- und Konventionsrecht prüften (*contrôle de conventionnalité*). Und auch hier blieb die tragende Konstruktion des gesamteuropäischen Grundrechtsschutzes stehen. Anders als in Deutschland ist in Frankreich die den CC in den Schatten stellende, herausragende Bedeutung der Fachgerichte bereits seit 1975 allgemein anerkannt.²³ Die Forschung konzentriert sich daher im Bereich des europäischen Grundrechtsschutzes insbesondere seit der Einführung des QPC-Verfahrens zum März 2010 auf das Verhältnis von Verfassungs- und Fachgerichtsbarkeit.²⁴ Dieses Verhältnis berührende rechtsvergleichende Arbeiten²⁵ zu beiden Ländern sind wiederum selten und bilden oft nicht das gesamte europäische Mehrebenensystem ab.²⁶

In Deutschland und in Frankreich nehmen die Fachgerichte zunehmend die Rolle eines Meisters ein – eine komplizierte Situation, insbesondere aus Sicht der Verfassungsgerichte. Einen zum Meister gewordenen Schüler nimmt der alte Meister als Demütigung wahr, wenn beide zu Konkurrenten werden.²⁷ Auf diesen Standpunkt scheint sich das BVerfG gestellt zu haben. Dieses nimmt die

²² S. etwa *Pianka*, Konkurrenzen und Konflikte beim Rechtsschutz im europäischen Mehrebenensystem, Berlin 2016; *Sauer*, Jurisdiktionskonflikte in Mehrebenensystemen, Berlin 2008; *Zoellner*, Das Verhältnis von BVerfG und EGMR, Hamburg 2009, die auf S. 215 ff. allein zur Illustration auf die Fachgerichte eingeht.

²³ Vgl. etwa *Jestaedt*, Verfassungsgericht ist nicht gleich Verfassungsgericht, JZ 2019, 473 (477 f.).

²⁴ S. statt vieler *Larroutou*, QPC et contrôle de conventionnalité, Paris 2021; aus der neuesten Literatur s. etwa auch *ders.*, CC et Conseil d'État : complices ou concurrents dans leurs rapports avec les normes européennes ?, RFDC 136 (2023), 863; *de Montalivet*, CC et Conseil d'État : complices ou concurrents dans le contrôle de la loi ?, RFDC 136 (2023), 845; *Gaïa*, Le CC, le Conseil d'État et les normes internationales, RFDC 125 (2021), 3; *Vidal-Naquet/Magnon* (Hrsg.), La QPC, vers une reconfiguration de l'architecture juridictionnelle ?, Aix-en-Provence 2020.

²⁵ Davon zu unterscheiden sind die zahlreichen Länderberichte, s. etwa die Beiträge in *Burgogue-Larsen* (Hrsg.), La Charte des droits fondamentaux saisie par les juges en Europe, Paris 2017; *Martinico/Pollicino* (Hrsg.), The National Judicial Treatment of the ECHR and EU Laws, Groningen 2010.

²⁶ Zur nationalen Ebene s. etwa *Mels*, BVerfG und CC, München 2003. Zum Verhältnis der nationalen Gerichte zum Konventionsrecht und zum EGMR s. *Mellech*, Die Rezeption der EMRK sowie der Urteile des EGMR in der französischen und deutschen Rechtsprechung, Tübingen 2012; zu allen Mitgliedsstaaten der EMRK *Szymczak*, La CEDH et le juge constitutionnel national, Brüssel 2007. Zum Verhältnis der nationalen Gerichte zum Unionsrecht und zur Grundrechtecharta s. etwa die Beiträge in *Masing/Jestaedt/Capitant/Le Divellec*, Strukturfragen des Grundrechtsschutzes in Europa, Tübingen 2015, S. 3 ff.

²⁷ Vgl. auch mit Blick auf die Verfassungsgerichtsbarkeit *Schönberger*, in: *Jestaedt/Lepsius/Möllers/Schönberger* (Hrsg.), Das entgrenzte Gericht, Berlin 2011, S. 45.

grundsätzliche Beschränkung seines Prüfungsmaßstabs auf das Verfassungsrecht als Missstand wahr, weil es dadurch im Verhältnis zu den Fachgerichten im europäischen Gerichtsverbund geschwächt wird. Seit den *Recht auf Vergessen*-Beschlüssen vom 6. November 2019²⁸ nimmt es für sich in Anspruch, „Garant eines umfassenden innerstaatlichen Grundrechtsschutzes“²⁹ zu sein. Es verneint nunmehr eine ausschließliche fachgerichtliche Zuständigkeit für die unionsgrundrechtskonforme Rechtsanwendung und unterwirft sie einer verfassungsgerichtlichen Kontrolle. Wie *Goethes* Hexenmeister gebietet das BVerfG über die Grundrechte, einschließlich der Unionsgrundrechte,³⁰ und nicht sein Zauberlehrling.³¹ In Frankreich war die Reaktion auf eine ebensolche Schwächung des CC eine andere: Mit der Einführung eines zeitlichen Vorrangs des QPC-Verfahrens vor der fachgerichtlichen Vereinbarkeitsprüfung mit der EMRK und dem Unionsrecht versuchte der Gesetzgeber, ein neues Verhältnis von Verfassungs- und Fachgerichtsbarkeit zu schaffen. Der CC sollte durch dieses neue Verfahren nicht zum Meister über die Fachgerichtsbarkeit werden. Vielmehr sollte der Bedeutungsverlust des CC behoben und die Gerichtsbarkeiten somit zu gleichberechtigten Akteuren des Grundrechtsschutzes werden.

Die vorangegangenen Überlegungen kulminieren in der Frage, wie viel Einfluss die Fachgerichte im Verhältnis zu den Verfassungsgerichten im Grundrechtsschutz im europäischen Mehrebenensystem in Deutschland und Frankreich tatsächlich besitzen und wie viel sie besitzen sollten.

Deutschland und Frankreich eignen sich besonders gut für eine rechtsvergleichende Auseinandersetzung mit dieser Frage. Nicht nur besitzen die beiden einwohnerreichsten Länder und Gründungsmitglieder der Europäischen Union (EU)³² ein erhebliches politisches Gewicht. Und nicht nur sind die Rechtsordnungen dieser Länder weit über die Grenzen Europas hinaus eine Inspirationsquelle. Das BVerfG ist eines der stärksten Verfassungsgerichte der Welt und

²⁸ BVerfGE 152, 152 – *Recht auf Vergessen I*; 152, 216 – *Recht auf Vergessen II*.

²⁹ BVerfGE 152, 216 (243) – *Recht auf Vergessen II*.

³⁰ Der in den *Recht auf Vergessen*-Beschlüssen verwendete Begriff der Unionsgrundrechte ist nicht eindeutig umrissen. Das BVerfG könnte allein die Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRCh) meinen oder zusätzlich auch die in Art. 6 III EUV aufgeführten weiterführenden Grundrechtsquellen. Dazu s. Kapitel 5, § 1, A.II.2.a. Im Folgenden soll das letztere, weite Verständnis der Unionsgrundrechte zugrunde gelegt werden.

³¹ Vgl. „Denn als Geister/Ruft euch nur zu seinem Zwecke/Erst hervor der alte Meister“, s. von *Goethe*, Werke. Hamburger Ausgabe, Bd. 1, 12. Aufl., München 1981, S. 279.

³² Im Folgenden werden aus Gründen der terminologischen Vereinfachung die ursprünglichen drei Europäischen Gemeinschaften (1951, 1957), die Europäische Gemeinschaft als Teil der EU nach dem Vertrag von Maastricht (1992) und die EU nach dem Vertrag von Lissabon (2007) unabhängig vom Referenzzeitraum als EU bezeichnet. Dasselbe gilt für die Bezeichnung EU- bzw. Unionsrecht.

diente als Vorlage der Verfassungsgerichte vieler posttotalitärer Länder Europas.³³ Seine Rechtsprechung genießt gerade im Bereich des Grundrechtsschutzes und der europäischen Integration eine „Vorbildfunktion“³⁴. Der CC hingegen ist trotz seiner ausdifferenzierten Rechtsprechung noch geprägt von Resten der Tradition des Legizentrismus, die das Gesetz und den Gesetzgeber in den Vordergrund stellt und den Richter zur bloßen „bouche [...] de la loi“³⁵ erklärt. Dies ist kein Zeichen einer irgendwie gearteten Rückständigkeit, sondern Ausdruck eines historischen Staatsverständnisses, das die Verfassungsmäßigkeitskontrolle von Gesetzen als undemokratisch ablehnt. Ein solches Verständnis ist im Vereinigten Königreich,³⁶ den Niederlanden³⁷ oder der Schweiz³⁸ noch immer lebendig. Und sogar in den USA, die gemeinhin als Geburtsland der Verfassungsmäßigkeitsprüfung im modernen Sinne gelten,³⁹ wird dem *judicial review* durch den Supreme Court oft die Demokratie entgegengehalten.⁴⁰ Die Zurückhaltung des CC ist damit ein Gegenpol zu den oft weitreichenden Entscheidungen des BVerfG.

Den anfangs dargestellten Betrachtungen folgend, soll diese Arbeit zunächst das BVerfG und den CC als Institutionen analysieren (Kapitel 1). Eine Betrachtung der tief in der Rechtsgeschichte verwurzelten unterschiedlichen Denktraditionen, Rechtsschutzaufträge und Verfahrensarten, die das Wesen der Verfassungsgerichte ausmachen, ist die Voraussetzung für das Verständnis des tradierten Verhältnisses zur Fachgerichtsbarkeit und des Umgangs der Verfassungsgerichte mit dem europäischen Mehrebenensystem. Dieses Mehrebenensystem umfasst neben der nationalen zwei weitere Gewährleistungsebenen – das Konventionsrecht, durchgesetzt durch den EGMR, und das Unionsrecht, insbesondere die Unionsgrundrechte, durchgesetzt durch den EuGH. Der zurückhal-

³³ Dazu s. *Benda/Klein*, Verfassungsprozessrecht, 4. Aufl., Heidelberg 2020, S. 4 m. w. N.

³⁴ *E. Klein*, Kompetenzielle Würdigung und verfassungsprozessuale Konsequenzen der „Recht auf Vergessen“-Entscheidungen, DÖV 2020, 341 (349).

³⁵ *Montesquieu*, De l'esprit des lois, Bd. 1, Genf 1748 (Nachdr. Paris 1831), S. 305.

³⁶ Im Vereinigten Königreich verhindert das Prinzip der *parliamentary sovereignty*, das dem Parlament eine ungehemmte Rechtssetzungsbefugnis einräumt, eine gerichtliche Verfassungsmäßigkeitskontrolle von Gesetzen, s. grundlegend *Dicey*, Introduction to the Study of the Law of the Constitution, 8. Aufl., London 1915 (Nachdr. Indianapolis 1982), S. 3 f.

³⁷ Art. 120 der niederländischen Verfassung verbietet Gerichten die Überprüfung von Gesetzen auf ihre Verfassungsmäßigkeit.

³⁸ Dazu s. *Rietiker*, in: *Larrouturou*, QPC et contrôle de conventionnalité, Paris 2021, S. 697 f.

³⁹ Im Urteil *Marbury v. Madison*, 5 U.S. (1 Cranch) 137, 141 (1803) erklärte sich der US-amerikanische Supreme Court unter dem Vorsitz von Chief Justice *John Marshall* zuständig für die Verfassungsmäßigkeitsprüfung von Bundesgesetzen.

⁴⁰ S. etwa *Ely*, Democracy and Distrust, Cambridge (USA) 1981. Generell wird dem US-amerikanischen Supreme Court heutzutage gerade von konservativer Seite oft *judicial activism* vorgeworfen, wenn er von seinem Prüfungsrecht Gebrauch macht.

tende Umgang der Verfassungsgerichte mit dem Konventionsrecht (Kapitel 2) und insbesondere dem Unionsrecht (Kapitel 3) bildet den Grundstein für die Betrachtung des Verhältnisses von Verfassungs- und Fachgerichtsbarkeit. Wechselbeziehungen zwischen dem Unionsrecht und der EMRK sollen dabei außer Betracht bleiben, um die Arbeit nicht zu überfrachten.⁴¹

Daraufhin soll die Perspektive gewechselt werden. Aus fachgerichtlicher Sicht soll der Frage nachgegangen werden, was die oft fehlende verfassungsgerichtliche Zuständigkeit für die Position der Fachgerichte im europäischen Gerichtsverbund bedeutet (Kapitel 4). Diese Betrachtungen beziehen sich weder auf konkrete materiell-rechtliche Standards, noch werden aus Gründen der Übersichtlichkeit Konflikte innerhalb der Fachgerichtsbarkeit untersucht.⁴² Das Ziel der Überlegungen ist die Bestimmung des Einflusses der Fachgerichte im Verhältnis zur Verfassungsgerichtsbarkeit auf das letzte Wort in konventions- und unionsrechtlich geprägten Fällen. Mit einem Einflussgewinn der Fachgerichtsbarkeit ist ein Bedeutungsverlust der Verfassungsgerichtsbarkeit verbunden, der einer besonderen Rechtfertigung bedarf. Dass Rechtfertigungsansätze unter Umständen als nicht ausreichend empfunden werden, zeigen die Ansätze, das veränderte tradierte Verhältnis zwischen Verfassungs- und Fachgerichtsbarkeit zu rekalisieren (Kapitel 5). Wie bereits erwähnt gehen Deutschland und Frankreich dabei unterschiedliche Wege. Diese sollen nun auf ihre Eignung zur Schaffung eines Ausgleichs zwischen Verfassungs- und Fachgerichtsbarkeit analysiert und auf ihre Übertragbarkeit auf das jeweils andere Land untersucht werden.

Der Inhalt der Arbeit gibt zugleich die Methode vor. Die Arbeit folgt zwar im Grundsatz der tradierten funktionalen Methode der Rechtsvergleichung,⁴³ weicht jedoch zum Teil von ihr ab. Die Untersuchung des Verhältnisses von verschiedenen Gerichtsbarkeiten zueinander verbietet die Beschränkung der Argumentation auf eine streng dogmatische Analyse. Über diese hinaus ist diese Arbeit im

⁴¹ Dieses Verhältnis bestimmen aus unionsrechtlicher Sicht Art. 6 EUV, 53 GRCh sowie EuGH, Gutachten v. 18.12.2014, 2/13 – *Beitritt der EU zur EMRK*; aus konventionsrechtlicher Sicht s. EGMR, Urt. v. 30.05.2005, Nr. 45036/98 (GK) – *Bosphorus Hava Yolları Turizm ve Ticaret Anonim Şirketi vs. Irland*; zur Gesamtproblematik s. *Gourdet*, Europäischer Grundrechtsschutz, Baden-Baden 2021, S. 550 ff.

⁴² Dieses insb. für Frankreich relevante Verhältnis untersuchen etwa *Bioy/Debaets/Schmitz* (Hrsg.), *La répartition des compétences juridictionnelles et la protection des libertés*, Bayonne 2021; *Poisson*, *Les droits de l'homme et les libertés fondamentales à l'épreuve de la dualité de juridictions*, Paris 2003; *Teysseire*, *Le Conseil d'État, juge de droit commun du droit de l'Union européenne*, Paris 2022, S. 104 ff.

⁴³ Für eine anschauliche Darstellung s. *Kischel*, *Rechtsvergleichung*, München 2019, S. 6 f., 93 ff.; grundlegend *Zweigert/Kötz*, *Einführung in die Rechtsvergleichung*, 3. Aufl., Tübingen 1996, S. 31 ff.

Geiste der kontextuellen Rechtsvergleichung⁴⁴ daher in einem konzeptuellen und institutionellen Denken verankert.⁴⁵ Gleichzeitig ist der Blick streng auf die Rechtsprechungspraxis begrenzt, da nur diese das reale Verhältnis zwischen Verfassungs- und Fachgerichtsbarkeit abbildet. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen daher größere Rechtsprechungslinien, die anhand von Leitentscheidungen bzw. *affaires phares* aufgearbeitet und bei Bedarf mit Beispielen illustriert werden sollen. Debatten in der rechtswissenschaftlichen Literatur sind für diese Arbeit nur insoweit von Interesse, wie sie von der Rechtsprechung ausgehen oder deren Entwicklung zum Gegenstand haben. Aufgrund der praktischen Ausrichtung dieser Arbeit⁴⁶ sollen, inspiriert von *Axel Tschentscher*, zum Teil bereits bei der Darstellung der zu untersuchenden Rechtsordnungen bewusst Wertungen vorgenommen und Vergleiche zu der jeweils anderen Rechtsordnung gezogen werden.⁴⁷ So sollen insbesondere für das Vorverständnis der Forschungsfrage relevante Aspekte frühzeitig rechtsvergleichend beleuchtet werden, um den Weg für eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Kern der Arbeit – der Forschungsfrage selbst – freizumachen. Ein Werkzeug dazu ist insbesondere die Gliederung. Diese soll Parallelen und Unterschiede in der Argumentation und in den Narrativen der Gerichte bereits in der äußeren Form der Arbeit widerspiegeln. Die Vorwegnahme des Ergebnisses der Rechtsvergleichung, zum Beispiel in den Unterüberschriften, ist ein wesentlicher Bestandteil dieser Methode. So wird das französische Recht zum „Analyseraster“⁴⁸ für das deutsche Recht und umgekehrt. Auf diese Weise kann schließlich der Versuch unternommen werden, Perspektiven für eine effizientere Ausgestaltung einer gegenüber dem Unionsrecht und der EMRK offenen, nationalen Gerichtsbarkeit aufzuzeigen.

⁴⁴ Dazu s. *Kischel*, Rechtsvergleichung, München 2019, S. 187 ff.

⁴⁵ Die Notwendigkeit dessen betont *de Montalivet*, CC et Conseil d'État : complices ou concurrents dans le contrôle de la loi ?, RFDC 136 (2023), 845 (861 f.); als Vorbild dienen insoweit insb. die Ansätze von *Larrourou*, QPC et contrôle de conventionnalité, Paris 2021, S. 432 ff. und passim; *E. Klein*, Kompetenzielle Würdigung und verfassungsprozessuale Konsequenzen der „Recht auf Vergessen“-Entscheidungen, DÖV 2020, 341; sowie auch *Haltern*, Europarecht, Bd. 2, 3. Aufl., Tübingen 2017, S. 68 ff. und passim.

⁴⁶ Auch *Kischel*, Rechtsvergleichung, München 2019, S. 118 beschreibt *Axel Tschentschners* Ansatz als besonderes praxisnah.

⁴⁷ *S. Tschentscher*, Dialektische Rechtsvergleichung, JZ 2007, 807; dazu s. auch *Kischel*, Rechtsvergleichung, München 2019, S. 118 ff.

⁴⁸ *Tschentscher*, Dialektische Rechtsvergleichung, JZ 2007, 807 (815).

Kapitel 1

BVerfG und CC als Hüter der Verfassung

Seit den 1950er Jahren bestehen in Deutschland und Frankreich Verfassungsgerichte, deren Entscheidungen alle anderen Staatsgewalten und insbesondere die Fachgerichte binden.¹ Auf den ersten Blick scheint diese Bindungswirkung dazu zu führen, dass das Verhältnis von Verfassungs- und Fachgerichten von den ersteren dominiert wird. Es sind die Verfassungsgerichte selbst, die entlang verfassungsrechtlicher und verfassungsprozessualer Vorgaben die eigene Einfluss-sphäre durch ihre Rechtsprechung bestimmen. So ist es nur natürlich, die Analyse des Verhältnisses von Verfassungs- und Fachgerichten bei den Verfassungsgerichten zu beginnen. Die Entscheidungen von BVerfG und CC beinhalten die letztverbindliche Auslegung des Verfassungsrechts, das ihnen, wenn auch in unterschiedlichem Maße, die Rolle des Hüters der Verfassung auferlegt. Diese Rolle war lange Zeit Grundlage und Ausgangspunkt sowohl für ihr Verhältnis zu den Fachgerichten als für den Umgang mit den Unionsgrundrechten und der EMRK.

L'office du juge constitutionnel – die Funktion der Verfassungsgerichtsbarkeit in ihrer Gesamtheit² – ist also die Grundlage für die folgenden Betrachtungen. In Deutschland beschreibt das bereits erwähnte Schlagwort ‚Hüter der Verfassung‘ am besten die Rolle des BVerfG, das selbst nicht davor zurückschreckt, sich so zu titulieren.³ Das französische Pendant des *gardien de la Constitution* wird hingegen vor allem im Hinblick auf den Präsidenten der Republik benutzt,⁴ der nach Art. 5 I 1 CF ausdrücklich über die Einhaltung der Verfassung zu wachen hat und durch seinen Schiedsspruch (*arbitrage*) die Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung sicherstellen soll. Jedoch sieht sich der CC auch als zumindest *ein* Hüter der Verfassung – im Rahmen seiner Befugnisse und zusammen mit den anderen Gerichtsbarkeiten, dem Präsidenten der Republik und diversen unab-

¹ Für Deutschland s. § 31 I BVerfGG und für Frankreich s. Art. 62 III 2 CF.

² Vgl. Office, in: Cornu (Hrsg.), *Vocabulaire juridique*, 14. Aufl., Paris 2022, S. 710.

³ *BVerfG*, Denkschrift des BVerfG v. 27.06.1952, JöR 6 (1957), 144 (144, 145); BVerfGE 1, 184 (196, 197) – *Normenkontrolle I*; 1, 396 (408) – *Deutschlandvertrag*; 2, 124 (129) – *Normenkontrolle II*; 6, 300 (304) – *KP Saar*; 40, 88 (93) – *Führerschein*; „Garant der Bundesverfassung“ in BVerfGE 96, 133 (138) – *Hamburger Beihilfeverordnung*; Zusammenstellung bei *Schlaich/Korioth*, *Das BVerfG*, 12. Aufl., München 2021, S. 22, Fn. 4.

⁴ Vgl. *Jestaedt*, Verfassungsgericht ist nicht gleich Verfassungsgericht, JZ 2019, 473 (476).

hängigen Verwaltungsbehörden (*autorités administratives indépendantes*).⁵ Diese Einreihung des CC in die lange Aufzählung der anderen Hüter der Verfassung steht in einem starken Kontrast zu der Stellung des BVerfG in Deutschland. Die anderen Verfassungsorgane sind, wenn überhaupt⁶, untergeordnete „Mithüter der Verfassung“⁷, während das BVerfG ihr „oberster Hüter“⁸ ist. Schon diese äußerliche Betrachtung zeigt den wesensmäßigen Unterschied zwischen BVerfG und CC (§ 1), der seinen Niederschlag auch in den einzelnen Zuständigkeiten der beiden Gerichte findet (§ 2). Diese Unterschiede berühren jedoch nicht alle Aspekte ihrer Existenz (§ 3).

§ 1 BVerfG und CC als Verfassungsgerichte

Für BVerfG und CC gilt wie für keine anderen Gerichte „Verfassungsgericht ist nicht gleich Verfassungsgericht“.⁹ BVerfG und CC interpretieren zwar beide letztverbindlich¹⁰ die Verfassung und nehmen sich beide als Hüter der Verfassung wahr. Ihre Stellung im Verfassungsgefüge ist aber so radikal unterschiedlich, dass jeder Vergleich zwangsweise zu einer Kollision der „unterschiedlichen juristischen Weltanschauungen“¹¹ führt, die die Rechtskultur in Deutschland und Frankreich geformt haben und weiterhin formen. Die Bundesrepublik ist geprägt von einem „Denken von der Verfassung her“¹², welches das GG und damit auch

⁵ Vgl. <https://www.conseil-constitutionnel.fr/la-constitution/qui-garantit-le-respect-de-la-constitution>; *Drago*, *Contentieux constitutionnel français*, 5. Aufl., Paris 2020, S. 225 ff. sieht den Präsidenten der Republik und den CC insoweit als „Konkurrenten“.

⁶ Virulent ist dies insbesondere im Hinblick auf die Rolle des Bundespräsidenten, wobei die Debatte annähernd entlang der Linien des Meinungsstreits um sein materielles Prüfungsrecht für auszufertigende und zu verkündende Gesetze (Art. 82 I 1 GG) verläuft: bejahend etwa von *Arnauld*, in: von Münch/Kuning (Hrsg.), *GG Kommentar*, 7. Aufl., München 2021, Art. 54, Rn. 12 ff.; *Herzog*, in: Dürig/Herzog/Scholz (Hrsg.), *GG Kommentar*, 103. EL, München 2024, Art. 54, Rn. 78 ff.; für alle Verfassungsorgane *Benda/Klein*, *Verfassungsprozessrecht*, 4. Aufl., Heidelberg 2020, S. 9; ablehnend *Fink*, in: Huber/Voßkuhle (Hrsg.), *GG Kommentar*, 8. Aufl., München 2024, Art. 54, Rn. 8 ff.; sogar trotz Bejahung eines materiellen Prüfungsrechts *Heun*, in: Dreier (Hrsg.), *GG Kommentar*, 3. Aufl., Tübingen 2015, Art. 54, Rn. 22.

⁷ Der Begriff geht zurück auf *Schack*, *Die Prüfungszuständigkeit des Bundespräsidenten bei der Ausfertigung der Gesetze*, AöR 89 (1964), 88 (93).

⁸ So sieht sich das BVerfG auch selbst, s. *BVerfG*, *Denkschrift des BVerfG v. 27.06.1952*, JöR 6 (1957), 144 (144).

⁹ *Jestaedt*, *Verfassungsgericht ist nicht gleich Verfassungsgericht*, JZ 2019, 473.

¹⁰ Die Bindungswirkung der Entscheidungen ist jeweils geregelt in § 31 BVerfGG und Art. 62 III CF.

¹¹ *Jestaedt*, *Verfassungsgericht ist nicht gleich Verfassungsgericht*, JZ 2019, 473 (477).

¹² *Jestaedt*, in: ders./Lepsius/Möllers/Schönberger (Hrsg.), *Das entgrenzte Gericht*, Berlin

Register

Das Register verweist lediglich auf den deutschsprachigen Teil der Arbeit. Verweise auf Fälle bzw. Gerichtsentscheidungen sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet.

- außerordentlicher Rechtsbehelf 52, 250, 313
*Åkerberg Fransson** 140, 182–183, 258–259, 309, 310, 316
- Anwendungsvorrang des Unionsrechts 128, 130, 131, 136, 137–138, 142–165, 167, 177, 182 Fn. 453, 183, 231, 237, 254, 264, 272, 287, 295, 320–321
- Aufgabenparallelität 237–238, 286, 288
- Berücksichtigung
– der EMRK 3, 84–86, 88, 93–123, 175, 240, 257, 268, 282, 300–301, 305–306, 309, 311–312, 321–322
– der GRCh 176, 253, 257, 290, 300, 305–306, 309, 311–312
- Bindungswirkung von Entscheidungen s. Entscheidungswirkungen
- caractère sérieux* 64, 66, 166, 296, 297–298
- Caroline von Monaco* bzw. *von Hannover** 90–91, 98, 109, 111, 222
- Chefarzi** 228–232, 270, 326
- DDHC 11, 22, 28, 43, 59–60, 95–96, 153, 194, 276, 293
- De Gaulle, Charles* 20, 40–41, 44 Fn. 253, 73
- Dialog s. *dialogue des juges*
- dialogue des juges* 67, 118, 167–168, 168, 174, 186, 290, 301–302, 303, 313–314, 319, 324–326, 326, 328
- Egenberger** 228, 230–231, 271, 326
- Emanzipation 40, 43, 47, 232, 239, 290 Fn. 334
- Entscheidungswirkungen
– der Verfassungsgerichte 9, 10, 92, 123, 307, 322
- des BVerfG 47, 81, 106, 108, 111–112, 222, 228, 270
- des CC 69, 75–76, 115, 119, 181–182, 226 Fn. 298, 279–280, 287–288, 294, 300
- des EGMR 92, 99–100, 101, 113
- des EuGH 141, 156, 168, 175, 184, 270
- Enumerationsprinzip 46, 59, 70–71, 199, 233–234, 249–250, 260–261, 265
- forum shopping* 228, 234, 311
- Geoffrey F.** 115–120, 122, 123, 173–174, 298
- Gerichtsverbund
– europäischer 3, 5, 136, 163, 186, 214, 245, 271, 273, 311, 313–314, 317, 319, 322, 324, 325
- nationaler 122, 126, 301
- Verfassungsgerichtsverbund 71, 137, 176
- gesetzlicher Richter 54–55, 135, 170–172, 174, 181, 237, 248, 270, 309, 321, 326
- Gewaltenteilung 23–26, 27–31, 33, 41, 63, 190, 194, 215–220, 233, 235, 238, 302, s. auch *gouvernement des juges*, Legizentrismus
- Görgülü** 7, 81, 83, 84–86, 88, 93–94, 96, 98–114, 119, 121, 123, 290, 305–306, 309, s. auch Berücksichtigung der EMRK
- gouvernement des juges* 19–21, 25–26, 31, 32, 38, 42, 46–47, 73
- IVG** 2, 46, 47, 74–80, 82, 83–84, 96, 98, 115, 117, 120, 121–123, 126–129, 129, 131, 132–134, 166, 181, 215–219, 224, 235–236, 244, 274–303

- Jacques Vabre** 216–217, 219–220
*Jeremy F.** 166–168, 178, 179, 295–296
- Kernkraftwerk Lippe-Ems** 170, 271 Fn. 213, 306
- Kollisionsnorm 55, 75, 77, 79, 84, 87, 99, 128, 131, 217, 219, 246, 279
- Kollisionsregel s. Kollisionsnorm
- Kompetenzraum s. Zuständigkeitsraum
- Kontrollvorbehalte s. Anwendungsvorrang des Unionsrechts
- Legizentrismus 6, 11, 19, 22–24, 28, 220
- Liberté d'association** 43, 60
- loi-écran* s. *théorie de la loi-écran*
- Marginalisierung 122, 214, 223–232, 255, 299, 302, 305, 308, 314
- Melki und Abdeli** 138, 173, 174, 271–272, 278, 293–296, 306–307, 310, 311, 316, 324
- Melloni** 139, 147, 295, 307, 309, 310, 316
- Milchpulver** 129–131, 132, 191, 214, 220, 245, 324–325
- Mitgewährleistung 258, 270, 301
- Monopol 108, 141, 163, 232 Fn. 338, 237, 239, 272, 302
- Prüfungsmonopol 123, 191, 195, 197, 216, 217, 233, 235, 236, 317, 327
 - Verwerfungsmonopol 55, 129, 189, 191, 197, 220–223, 232–234, 262, 263, 294–295, 305, 307, 313, 322
- Neutralisierung der Verfassungswidrigkeit 116, 119, 298, 311 Fn. 473
- Nicolo** 217–220, 225, 236
- Normenhierarchie s. Rang
- OMT** 148–149, 167
- Parlements* 21–23, 24, 27, 33, 192, 219
- Prüfungsmonopol s. Monopol
- PSP** 148–149, 156, 164–165, 167, 231
- Rang 21, 42, 60, 190, 205–206, 276
- der EMRK 74, 76, 81–83, 86, 87, 88, 92–93, 97, 100, 102–104, 114, 119, 215, 218, 222, 240, 252
 - des Unionsrechts 125, 130, 135, 136, 144, 149–150, vgl. auch Anwendungsvorrang des Unionsrechts
- Rangregel s. Kollisionsnorm
- Rangvorschrift s. Kollisionsnorm
- Recht auf Vergessen** 5, 47, 52, 125, 145–146, 159, 168, 170, 171, 180, 183, 184, 220–221, 243–274, 275, 291, 301, 304–316, 323, 324–325, 326
- Rechtskraft s. Entscheidungswirkungen
- Rechtsprechungsvakuum 186, 214, 216, 234, 241, 321
- Reichsgericht 14–15, 17, 18, 186, 188–189
- seriöser Charakter s. *caractère sérieux*
- Solange** 114, 125 Fn. 3, 139, 144–146, 147, 151–152, 154–155, 184
- Souveränitätsvorbehalte s. Anwendungsvorrang des Unionsrechts
- StGH 16–19, 32, 48, 189, 190
- Streikverbot für Beamte** 102–104, 110–111
- théorie de la loi-écran* 162, 194–196, 198, 201, 205–206, 217, 286, 293
- Trennungsthese 171–172, 177, 180–183, 257, 259
- Verbindlichkeit s. Bindungswirkung von Entscheidungen
- Verwerfungsmonopol s. Monopol
- Wesensunterschied
- zwischen *contrôle de constitutionnalité* und *contrôle de conventionnalité* 78–80, 83, 87, 98, 115, 128–129, 132, 216–217, 235, 279
 - zwischen Verfassungs- und Konventionsrechtmäßigkeitkontrolle 82–83
 - zwischen Verfassungs- und Unionsrechtsmäßigkeitkontrolle 131, 132, 135–136, 221, 250
- Zusatzprotokolle zur EMRK
- 11. Zusatzprotokoll 89
 - 16. Zusatzprotokoll 269, 282
- Zuständigkeitsraum 86–88, 135–136, 181, 183, 273–274, 283, 289–290